

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Elmar Hönekopp

Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im sich  
vereinenden Deutschland

23. Jg./1990

**4**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.  
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104  
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,  
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de): (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de): (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de): Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30.  
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.  
ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im sich vereinenden Deutschland

## Ein Tagungsbericht

Elmar Hönekopp\*)

Nach der Öffnung der Grenzen zur damaligen DDR im November 1989 entstanden u. a. auch für die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung neue Rahmenbedingungen. Aufgrund der sich abzeichnenden Entwicklung wurden sogleich die Kontakte und die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Forschungsgruppen in der ehemaligen DDR intensiviert. Es zeigte sich, daß dort einerseits ein relativ breites Forschungsgebiet zu verschiedenen Aspekten der Beschäftigung bearbeitet wurde, daß aber andererseits nur wenig Transparenz über laufende oder geplante Forschungsarbeiten bestand. Es galt also vor allem, Kontakte zwischen den Forschern in Ost und West zu knüpfen. Zum anderen mußte es darum gehen, den Aufbau einer gesamtdeutschen Datenbasis in die Wege zu leiten. Mit dieser doppelten Zielsetzung führte das IAB am 21. und 22. Juni 1990 ein „Forschungstreffen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung BR Deutschland/DDR“ durch. An der Veranstaltung nahmen neben IAB-Mitarbeitern ca. 100 Wissenschaftler und andere Interessierte – je zur Hälfte aus der Bundesrepublik und der DDR – teil. Insbesondere aus den Diskussionen in den Arbeitsgruppen ergaben sich konkrete Vereinbarungen zur Zusammenarbeit, die sich in der Folgezeit weiter verfestigten.

Der vorliegende Bericht informiert über Themenstellung und Ablauf des Forschungstreffens.

### Gliederung

1. Einleitung
2. Vorbereitung – Ablauf der Tagung – Tagungsunterlagen
3. Zu den Inhalten und Ergebnissen des Forschungstreffens im Überblick
  - 3.1 Entstehung eines gesamtdeutschen Arbeitsmarktes - Herausforderungen an die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
  - 3.2 Zur Arbeitsmarkt- und Erwerbsstatistik in Gesamtdeutschland
  - 3.3 Zur Diskussion in den Arbeitsgruppen
  - 3.4 Die Entstehung eines gesamtdeutschen Arbeitsmarktes: Was kann die sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung politikberatend beitragen?
4. Nachwort

### 1. Einleitung

Die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze am 9. November 1989 hatte für die Entwicklung in der damaligen DDR und der Bundesrepublik Deutschland eine grundlegend neue Rahmenbedingung geschaffen: Es war ein unmittelbarer deutsch-deutscher Arbeitsmarktzusammenhang entstanden. Diese Entwicklung brachte für die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung entscheidend neue Herausforderungen mit sich.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hatte aufgrund der eingetretenen Entwicklungen die Kontakte und die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Forschergruppen in der damaligen DDR frühzeitig intensiviert. Das Spektrum der Zusammenarbeit orientierte sich dabei an der Aufgabenstellung des IAB.

Aufgrund dieser zunehmenden Kooperation zeigte sich zum einen, daß bereits ein relativ breites Forschungsgebiet zu verschiedenen Aspekten der Beschäftigung in der damaligen DDR bearbeitet wurde und daß auch mit den sich ändernden Fragestellungen neue Forschungsprojekte angegangen bzw. konzipiert wurden. Zum anderen wurde aber deutlich, daß wegen der bisherigen zentralistisch ausgerichteten Forschungsorganisation in der damaligen DDR und wegen der sich verstärkenden Konkurrenzsituation unter den Wissenschaftlern eine gegenseitige Information über laufende oder geplante Forschungsarbeiten nicht vorhanden war bzw. durch z. T. bewußte Abschottungstendenzen untereinander behindert wurde.

Als Konsequenz ergab sich für das IAB, daß es dringend angebracht sei, ein Forschungstreffen zu organisieren, das sich mit den Schlußfolgerungen aus diesen Feststellungen bzw. Beobachtungen auseinandersetzen sollte. Die erste Hauptzielrichtung für die Durchführung des Forschungstreffens war somit: Verbesserung der gegenseitigen Information über laufende oder geplante Forschungsvorhaben und gleichzeitig Ermöglichung der Abstimmung und Kooperation zwischen Forschern/Forschungseinrichtungen bzw. Forschungsprojekten innerhalb der damaligen DDR bzw. zwischen Forschern aus beiden Teilen Deutschlands.

Mit der Intensivierung der Kontakte zu DDR-Forschungseinrichtungen zeigte sich auch bald, daß die empirischen Grundlagen für die Bearbeitung wichtiger Fragestellungen im Bereich der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung standen. Die zweite Hauptzielrichtung des Forschungstreffens sollte daher sein, gemeinsam zum Aufbau einer gesamtdeutschen Datenbasis beizutragen und den Bedarf hierbei mit den Stellen abzuklären, die – wie in der Bundesrepublik das Statistische Bundesamt mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und dem Mikrozensus oder die Bundesanstalt für Arbeit mit ihrer Beschäftigtenstatistik – relevante Daten zur Entwicklung des Arbeitsmarktes bzw. der Beschäftigung oder beruflicher Tätigkeiten bereitstellten. Dabei war jedoch nicht allein an amtliche Großstatistiken gedacht; denn von vornherein war davon auszugehen, daß sich der Informa-

\*) Dipl.-Volkswirt Elmar Hönekopp ist wiss. Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors.

tionsbedarf zu zahlreichen Fragestellungen nur durch gezielte Erhebungen abdecken lassen würde.

Mit dieser doppelten Zielsetzung (gegenseitige Information über Forschungsvorhaben/Ermöglichung von Forschungskoooperation; gemeinsame Überlegungen zum Aufbau empirischer Grundlagen für eine deutsch-deutsche Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) lud das IAB zum „Forschungstreffen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung BR Deutschland/DDR“ für den 21./22. Juni 1990 nach Nürnberg ein.

## 2. Vorbereitung – Ablauf der Tagung – Tagungsunterlagen

Ausgehend von den zwei Hauptzielsetzungen des Forschungstreffens wurden aus der Bundesrepublik (heute: - West) und der DDR (den heutigen neuen Bundesländern) Wissenschaftler/-innen, Forschungseinrichtungen und weitere Institutionen angeschrieben, von denen bekannt war, daß DDR-bezogene Forschungsarbeiten durchgeführt bzw. geplant oder Projektkooperationen im deutsch-deutschen Zusammenhang angestrebt waren. Gleichzeitig war um Kurzbeschreibungen von Forschungsprojekten bzw. Forschungsschwerpunkten der Wissenschaftler bzw. Forschungseinrichtungen gebeten worden, um hieraus eine Synopse über aktuelle Arbeiten zur gegenseitigen Information zur Verfügung stellen zu können.

Um den beiden Hauptzielsetzungen für das Forschungstreffen und den Ergebnissen bei der Konkretisierung der Rückmeldungen über Forschungsprojekte/Forschungsschwerpunkte entsprechen zu können, wurde das Tagungsprogramm für das Forschungstreffen mit folgender Struktur festgelegt:

- Entstehung eines deutsch-deutschen Arbeitsmarktes - Herausforderungen an die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
- Arbeitsgruppensitzungen zur gegenseitigen Information über laufende/geplante Projekte bzw. zur Diskussion über notwendige Arbeiten, z. B. im Bereich der Arbeitsmarkt- und Erwerbsstatistik, mit folgenden Arbeitsgruppen:
  - Arbeitsmarktstatistik/Panel
  - Globalanalyse/Prognose
  - Frauenforschung
  - Regionale und sektorale Strukturforschung
  - Qualifikation, Technik und Betrieb
  - Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
- Zur Arbeitsmarktstatistik in der DDR und zur Erarbeitung vergleichbarer Erwerbstätigenzahlen und eines gemeinsamen erwerbsstatistischen Gesamtsystems

<sup>1)</sup> Folgende Tagungsunterlagen stehen für Interessenten zur Verfügung:

- Friedrich Buttler, Elmar Hönekopp (Herausgeber), Forschungstreffen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung BR Deutschland/DDR (Nürnberg 21./22. 6. 90), Tagungsbericht (Vorträge, Arbeitsgruppenberichte, Diskussion), hektographiert, 96 Seiten (+ Anlagen), Nürnberg September 1990.
- Forschungstreffen ABF DDR/BRD 21./22. 6. 90 – Teilnehmer und Themenbereiche, a) DDR-Teilnehmer, b) BRD-Teilnehmer, hektographiert, 7 Seiten.
- Kurzbeschreibungen von Forschungsprojekten/Aufgabenschwerpunkten/Projektvorhaben, Stand: 18. 6. 90 (BR Deutschland – DDR – IAB), hektographiert, ca. 160 Seiten.

<sup>2)</sup> Teilnehmerverzeichnis siehe Anlage zum ausführlichen Tagungsbericht.

<sup>3)</sup> Vgl. die ausführliche Darstellung im Tagungsbericht, s. Anmerkung 1).

Bericht aus den Arbeitsgruppen (forschungspolitische Fragen – notwendige Forschungsprojekte; Kooperationsmöglichkeiten; Forschungsinformation und -dokumentation; Fragen an die Forschungsförderung)

- Forschung und Politikberatung bei der Entstehung eines deutsch-deutschen Arbeitsmarktes.

Zur Vorbereitung und gegenseitigen Information wurde eine synoptische Übersicht der Interessenschwerpunkte/Themenbereiche/Projekte der Teilnehmer des Forschungstreffens erstellt, ebenso eine Sammlung von Kurzbeschreibungen der Forschungsprojekte/Aufgabenschwerpunkte/Projektvorhaben. Die Beiträge und Ergebnisse der Tagung wurden in einem ausführlichen Tagungsbericht festgehalten. Diese Materialien stehen für Interessenten zur Verfügung<sup>1)</sup>.

An dem Forschungstreffen haben – ohne die IAB-Beteiligten – ca. 100 Wissenschaftler und andere Interessierte, je zur Hälfte aus der Bundesrepublik und der DDR, teilgenommen<sup>2)</sup>. Insbesondere aus den Diskussionen in den Arbeitsgruppen ergaben sich konkrete Vereinbarungen zur Zusammenarbeit, die sich bis heute weiter verfestigt haben.

## 3. Zu den Inhalten und Ergebnissen des Forschungstreffens im Überblick<sup>3)</sup>

### 3.1 Entstehung eines gesamtdeutschen Arbeitsmarktes – Herausforderungen an die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

In seinem einleitenden Vortrag „Entstehung eines gesamtdeutschen Arbeitsmarktes – Herausforderungen an die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ ging Friedrich Buttler (IAB) zunächst auf die Entstehung dieses Arbeitsmarktzusammenhanges ein. Die zunehmende Öffnung der Grenzen führte zuerst zu der Frage, wie Übersiedler und Pendler die Entwicklungen in der Bundesrepublik beeinflussen würden (Integration in den Arbeitsmarkt, Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und auf die Nachfragestruktur). Mit dem Fortschreiten des politischen Einigungsprozesses war dann schon nicht mehr von einem deutsch-deutschen Arbeitsmarktzusammenhang zu sprechen; vielmehr war mit der – zum Zeitpunkt des Forschungstreffens kurz bevorstehenden Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ein gemeinsamer Arbeitsmarkt im Entstehen. Einerseits stellten (und stellen) sich unmittelbar dringlich zu lösende Fragen, andererseits sind verschiedene Aspekte über die Grundlagenforschung auf mittlere Sicht hin einzuordnen.

Unmittelbar dringlich zu lösende Fragen sind z. B. die Brennpunkte zu erwartender Freisetzung: Wie läßt sich durch beschäftigungsorientierte Global-, Struktur- und Regionalpolitik das zu erwartende zwischenzeitliche Tief als Resultat von Abbau von Arbeitsplätzen und Neuaufbau von Arbeitsplätzen möglichst eng und möglichst flach halten? Wenn dieses Tief eintritt: Woraufhin könnten sich Qualifizierungsstrategien orientieren, die nach der Devise „Besser qualifizieren statt entlasten“ eingeschlagen werden? Welche Qualifizierungsfelder können angegeben werden? Wie ist das Problem zu lösen, daß gleichzeitig Entlassungen vermieden werden sollten und auf der anderen Seite doch auch für den externen Arbeitsmarkt qualifiziert werden muß?

Weitere dringliche Fragestellungen sind:

- Erforschung der Bedingungen für eine erfolgreiche Implementation beschäftigungsorientierten und arbeitsmarktpolitischen Handelns,
- Bedeutung bestimmter Zielgruppen im arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Kontext (etwa: alleinerziehende Mütter, Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, Hochschulabsolventen, Ältere),
- Festlegung des Datenbedarfes, um über handlungs- und beratungsrelevante Fakten in hinreichend tiefer Gliederung aktuell periodisch zu verfügen. Wie kann diese Datenbasis geschaffen werden?

Bei den mittelfristigen Herausforderungen im Zuge der Entstehung eines gesamtdeutschen Arbeitsmarktes geht es aus der Sicht des IAB insbesondere um:

- die Einbeziehung des Territoriums der DDR in die durch das IAB für die bisherige Bundesrepublik erstellten gesamtwirtschaftlich konsistenten Rechenwerke (v. a. Arbeitskräftegesamtrechnung – AGR -; Bildungsgesamtrechnung – BGR -),
- die Erarbeitung gemeinsamer Informationsgrundlagen bzw. einer einheitlichen Datenbasis im Bereich der Arbeitsmarkt-, Erwerbstatistik und Beschäftigtenstatistik (über Großerhebungen wie dem Mikrozensus, aber auch über Querschnitts- oder Längsschnittanalysen).

Darüber hinaus sind in dem besonderen Übergangsprozeß der DDR eine Reihe von zusätzlichen Forschungsthemen entstanden. Die hierauf bezogenen Forschungsintentionen wurden im einzelnen skizziert<sup>4,5)</sup>.

In der anschließenden Diskussion wurde ein breites Feld von Fragestellungen, Forschungsvorhaben und aktuellen forschungsorganisatorischen Maßnahmen angesprochen. Hieraus sollen an dieser Stelle zwei Aspekte aufgegriffen werden:

- Es wurde von mehreren Teilnehmern die Notwendigkeit beschäftigungsorientierter wirtschaftspolitischer Maßnahmen betont. Dringlich sei es, vor allem Arbeitsplätze zu schaffen, da die Signale, die aus der arbeitsmarktpolitischen Entwicklung kämen, Anlaß zu großen Befürchtungen gäben. In diesem Zusammenhang wurde auch die These aufgestellt, daß die Qualifikation nicht das wesentliche Problem in der DDR sei. Zum einen sei aufgrund von Qualifikationsniveau und -Struktur eine gute Ausgangsbasis für künftige Entwicklungen vorhanden. Zum anderen schaffe Qualifizierung eben noch nicht die dringend benötigten Arbeitsplätze.

- Auf einen aus Sicht der DDR-Teilnehmer ganz besonders wichtigen Punkt wurde hingewiesen, indem hervorgehoben wurde, daß dieses Forschungstreffen und der Tagungszeitpunkt für die Wissenschaftslandschaft in der DDR sehr wichtig sei, da derzeit die Strukturen und Grundlagen der Forschung zerstört würden. Es wurde bedauert, daß es derzeit bei Forschungsinitiativen in der DDR oft Schnellschüsse gebe. Es fehle ein konzeptioneller Rahmen. Der harte Wettbewerb unter den Forschern erschwere die Situation. Die Katalysatorfunktion des For-

schungstreffens wurde begrüßt. So sei man bisher nicht einmal über die in diesem Rahmen vorgestellten Projekte informiert gewesen<sup>6)</sup>.

### 3.2 Zur Arbeitsmarkt- und Erwerbsstatistik in Gesamtdeutschland

In vier Beiträgen wurden – erstens prinzipielle Überlegungen zum Aufbau einer gesamtdeutschen Arbeitsmarkt- und Erwerbsstatistik, – zweitens bereits geleistete Arbeitsschritte und – drittens das notwendige Aufbauprogramm dargestellt.

In dem Referat „Arbeitsmarktstatistik in der DDR - Neuere Informationen über Merkmale und Erfassung“ stellte Walter Lang (Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg) nach einigen grundsätzlichen Überlegungen fest, daß in Abhängigkeit von der Einführung neuer Geschäftsunterlagen kurzfristig vor allem Informationen über folgende Tatbestände in der DDR bereitzustellen sind:

1. Arbeitsuchende, darunter Arbeitslose (Bestände, Zuzüge)
2. Leistungsempfänger (Bestände)
3. Kurzarbeit in DDR-spezifischer Modalität (Bestände)
4. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Eintritte und Bestände)
5. Teilnehmer in betrieblichen und außerbetrieblichen Berufsbildungsmaßnahmen (Bestände, evtl. Eintritte)
6. Offene Stellen
7. Vermittlungen
8. Nicht vermittelte Bewerber für Berufsausbildungsstellen
9. Vorruhestand (Eintritte und Bestände)

Neu einzuführen wäre eine Statistik der Massenentlassungen. Evtl. könnte auch eine Statistik über Streiks und Aussperrungen sehr schnell erforderlich werden.

Die Ausweitung des Statistischen Erhebungsprogrammes entsprechend den Aufgaben des AFG sei notwendig und sollte schrittweise erfolgen.

Zum „Stand der Arbeitsmarktstatistik der DDR“ bemerkte Bernd Karst (Zentrale Arbeitsverwaltung, Berlin), daß sich die Zentrale Arbeitsverwaltung noch im Aufbau befinde. Erst im April 1990 wurde mit dem Aufbau einer Arbeitsmarktstatistik begonnen. Dabei ist zu beachten, daß die Arbeitsmarktstatistik eine völlig neue Disziplin der Statistik der DDR ist. Erstmals muß außerhalb der bisher mit Ausschließlichkeit geführten Statistiken des Statistischen Amtes der DDR eine eigenständige Statistik aufgebaut werden. Ziel und Aufgabe ist die schnelle Anpassung an die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit und die Bereitstellung von DDR-spezifischen Arbeitsmarktdaten.

Mit der Einführung des AFG/DDR am 1. Juli würden die Sonderregelungen für die DDR auf ein Minimum beschränkt. Damit sind die Arbeitsmarktstatistiken der BA und der Zentralen Arbeitsverwaltung fast deckungsgleich. Mit Unterstützung der BA wird die Arbeitsmarktstatistik der DDR schrittweise ausgebaut, die Organisation der Datenübertragung, Verarbeitung und Nutzung in beiden Teilen Deutschlands gesichert sowie die Bereitstellung von Daten für die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gewährleistet.

Ein besonderes Problem des DDR-Arbeitsmarktes sei die verdeckte Arbeitslosigkeit und ihre Messung und Erfas-

<sup>4)</sup> Vgl. die Kurzbeschreibungen von Forschungsprojekten/Aufgabenschwerpunkten/Projektvorhaben, s. Anmerkung 1).

<sup>5)</sup> Inzwischen hat das IAB seine Problemsicht und den daraus abgeleiteten Forschungsbedarf weiter systematisiert und als „Ergänzende Herausforderung an die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im geeinten Deutschland“ vorgelegt (siehe Beitrag in diesem Heft).

<sup>6)</sup> Vgl. hierzu die Presseerklärung, die im Anschluß an das Forschungstreffen herausgegeben wurde (s. Anlage zum ausführlichen Tagungsbericht).

sung, ein auch für die Statistik der BA schwieriges Problem.

In dem Beitrag „Zur Erarbeitung vergleichbarer Erwerbstätigenzahlen und eines gemeinsamen erwerbsstatistischen Gesamtsystems“ ging Manfred Ebert (Statistisches Amt der DDR, Berlin) zunächst auf die Umprofilierung des Programms des Statistischen Amtes im Vergleich zu den Aufgaben der früheren Statistischen Zentralverwaltung der DDR ein. Zu den verfügbaren Statistiken über Erwerbstätigkeit stellte er dann fest, daß gegenwärtig die unmittelbare Vergleichbarkeit der vorliegenden Daten nur begrenzt möglich ist. Dies ist hauptsächlich begründet in

- den unterschiedlichen Definitionen der Erhebungs- und Veröffentlichungseinheiten (örtliche, rechtliche Einheit bzw. Betrieb/Unternehmen), den unterschiedlichen wirtschaftszweigsystematischen Abgrenzungen der Erhebungsbereiche sowie den Rechtsformen der Erhebungseinheiten (im Hinblick auf die Einbeziehung/Nichtbeziehung der privaten und genossenschaftlichen Wirtschaft);
- bisherigen grundlegenden Unterschieden in den Erhebungsmodalitäten sowie Erhebungsgrundlagen.

Als aktuelle Aufgaben stehen im Mittelpunkt:

- Erarbeitung vergleichbarer Eckdaten nach den methodischen Grundsätzen und Strukturen der Bundesrepublik,
- Verbesserung der Kompatibilität zur Bundesstatistik,
- Vorbereitung der Erhebungsprogramme, Erhebungsmerkmale und Ergebnisergebnisse für das Jahr 1991 in einer Form, daß eine volle Übernahme der amtlichen Statistiken der Bundesrepublik gewährleistet wird.

Die Realisierung dieser Aufgaben wird verfolgt durch:

- eine Anpassung der in der amtlichen Statistik der DDR verwendeten Systematiken und Nomenklaturen,
- die Erweiterung des Erhebungsprogramms der monatlichen bzw. vierteljährlichen Arbeitskräftestatistiken der amtlichen Statistik der DDR,
- die im IV. Quartal 1990 letztmalig durchzuführende Berufstätigenerhebung und
- die weitere Anpassung der amtlichen Statistik über Erwerbstätigkeit sowie Löhne und Gehälter an die Statistik der Bundesrepublik über verschiedene Einzelschritte ab 1. 1. 1991.

Zur Verbesserung der arbeitsmarktstatistischen Praxis regte Ebert abschließend als mögliche Unterstützung durch die Forschung folgendes an:

- Schaffung der inhaltlichen und definitorischen Voraussetzungen zur vergleichbaren Abgrenzung der Erwerbstätigen in Arbeiter einerseits und Angestellte andererseits;
- die Erarbeitung von anwendbaren Kriterien der Zuordnung der kaufmännischen und der technischen Berufe und Tätigkeiten;
- die Schaffung von inhaltlich abgestimmten Vergleichen zwischen den Beschäftigtengruppierungen nach Leistungsstufen, wie sie in der Bundesrepublik angewandt werden, und den bisherigen Qualifikationsstufen oder Qualifikationsstrukturen, wie sie bisher in der DDR den erhobenen Daten zugrundegelegt worden sind;
- die Schaffung der Voraussetzungen und des statistischen Nachweises für die Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme für die arbeitslos gewordenen oder in Kurzarbeit übergegangenen Beschäftigten in der DDR;

- die Realisierung der grundlagen- und erhebungsmethodischen Voraussetzungen für die Einführung der verschiedenen Versicherungssysteme und deren laufende datenmäßige Abarbeitung und Evidenz;
- Erarbeitung von Verfahren und Methoden, die die Wirkungen des berufs- und wirtschaftsstrukturellen Wandels sowie der sozialen Sicherungssysteme statistisch und analytisch sichtbar machen.

Mit dem Vortrag „Zur Erarbeitung vergleichbarer Erwerbstätigenzahlen und eines erwerbsstatistischen Gesamtsystems“ informierte Hans-Ludwig Mayer zum einen ergänzend über konkrete Vereinbarungen mit dem Statistischen Amt der DDR zur schnellen Erreichung einer Vergleichbarkeit der Statistik. Solche Vereinbarungen beziehen sich u. a. auf:

- vergleichbare Ergebnisse für Erwerbstätige nach dem Ausbildungsabschluß (Basis: Daten der jährlichen Sondererhebung im Oktober für die sozialistische Wirtschaft einschließlich Genossenschaften);
- Erwerbstätige nach Geschlecht und Alter (zum 30.9.) sowie entsprechende Bevölkerungsdaten und Erwerbstätigenquoten, dabei Einbeziehung der Lehrlinge in die Gruppe der Erwerbstätigen. Ermittlung von Erwerbsquoten;
- Erwerbstätige nach Voll- und Teilzeit zum 30. 9., im Fünfjahresabstand auch nach Teilzeitgruppen. Geplant ist die Ergänzung der Darstellung nach der Wirtschaftszweigsystematik des Statistischen Bundesamtes;
- Erwerbstätige für den sogenannten „X-Bereich“ in grober wirtschaftsfachlicher Gliederung zum Stichtag 30. 6.
- Zuordnung der „tätigen Mitglieder“ in den Produktionsgenossenschaften zu den Arbeitern und Angestellten;
- Zuordnung der Lehrlinge zu den Arbeitern und Angestellten nach der wirtschaftsfachlichen Gliederung.

Des weiteren behandelte der Vortrag die systematische Bereitstellung von zwischen der DDR und der BR Deutschland vergleichbaren Indikatoren zur Beurteilung der Arbeitsmarktlage und stellte den mittelfristigen Aufbau eines neuen erwerbsstatistischen Gesamtsystems in der DDR dar.

In der Diskussion zum Gesamtbereich der Arbeitsmarkt- und Erwerbsstatistik bezogen sich die Fragen und Statements u.a. auf folgende Aspekte:

- Problem der verdeckten Arbeitslosigkeit; Aspekt der „nichtarbeitslosen Arbeitssuchenden“; Angaben zu Kurzarbeit und Vorruhestand
- aktuelle Verfügbarkeit der Arbeitslosenzahlen
- Durchführung von Strukturanalysen zur Arbeitslosigkeit; Verfügbarkeit von Arbeitslosenzahlen nach Wirtschaftszweigen und Berufen
- Notwendigkeit der Erhebung von Bewegungsdaten der Arbeitslosigkeit und der Unterscheidung zwischen Bewegungs- und Bestandszahlen
- Notwendigkeit der Schaffung von Möglichkeiten tiefgegliederter regionaler Auswertungen
- Zugang zu bisher unveröffentlichten Daten.

### 3.3 Zur Diskussion in den Arbeitsgruppen

Die Diskussion in den Arbeitsgruppen hatte zum Ziel, sich gegenseitig über DDR-bezogene Forschungsarbeiten (laufend oder geplant) zu informieren, Forschungslücken aufzuzeigen und mögliche Kooperationen anzusprechen. In

der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarktstatistik/Panel“ konnten einige Aspekte, die auch im Plenum im Zusammenhang mit den Vorträgen diskutiert worden waren, vertieft behandelt werden. Die zentrale Frage war, wie aus den bisher in der DDR vorhandenen Arbeitsmarktdaten eine Art Ausgangsbasis gewonnen werden kann, von der aus die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung beobachtet werden kann. Dabei geht es hauptsächlich um Erwerbstätigendaten, da Arbeitslosigkeit auf der bisherigen Gesetzesgrundlage der DDR per definitionem nicht existierte. Von den drei wesentlichen Quellen (Berichtssystem der Betriebe über Arbeitskräfte, Löhne, Arbeitszeiten; Berufstätigenerhebung; Beschäftigte nach der Qualifikationsstruktur; alle drei Quellen sind betriebsbezogen) wäre insbesondere die Berufstätigenerhebung für eine Bestandsaufnahme noch am besten geeignet. Dafür spricht auch, daß sie im November dieses Jahres noch einmal wiederholt werden soll. Auf die diffizilen Umschlüsselungsprobleme für Berufe und Wirtschaftszweige wurde hingewiesen.

Eine weitere wichtige Datenquelle dürfte die DDR-Ergänzung des sozioökonomischen Panels sein, ein gemeinsames West- und Ostberliner Projekt (DIW, Berlin; Institut für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin). Im Spätherbst dürften die Daten soweit aufbereitet sein, daß sie an Interessierte weitergegeben werden können<sup>7)</sup>. Der Vorteil dieser neuen Datenbasis besteht insbesondere darin, daß gerade das letzte Jahr vor der Wirtschafts- und Währungsunion retrospektiv erfaßt ist. Für eine tiefere regionale Auswertung eignet sich das Panel allerdings nicht.

In der Arbeitsgruppe „Globalanalyse/Prognose“ bestand Diskussionsbedarf vor allem auf folgenden Gebieten:

- Statistische Grundlagen der Arbeitsmarktanalyse,
- Kurzfrist- versus Mittel- und Langfristprojektionen,
- Soziale und gesellschaftliche Folgen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (politischer Handlungsbedarf in Bereichen wie der Wirtschafts-, Struktur-, Regional-, Arbeitsmarkt-, Lohn- und Arbeitszeitpolitik).

Konsens wurde zu folgenden Aspekten erzielt:

1. Ausgehend von den zu erwartenden Turbulenzen innerhalb der DDR-Wirtschaft erscheint eine Aussage über die kurzfristige Arbeitsmarktentwicklung nur sehr eingeschränkt möglich. Wissenschaftlich begründete Aussagen über die zu erwartende Entwicklung der Arbeitslosigkeit sind auf kurze Sicht kaum machbar.

2. Statt kurzfristiger Arbeitsmarktspekulationen sollte verstärkt der Aufbau einer einheitlichen Datenbasis vorangetrieben werden. Ziel müssen eine kompatible volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und eine einheitliche Arbeitskräftestatistik sein. Darüber hinaus ist ein verstärkter theoretischer Erfahrungsaustausch anzustreben, mit dem Ziel, die methodischen Grundlagen zu verbessern.

3. Die politische Entwicklung in der DDR hat allen bisherigen Überlegungen und Prognosen zur mittel- und längerfristigen Arbeitsmarktentwicklung den Boden entzogen. Dies hat im wesentlichen zwei Ursachen:

- Die DDR hat eine Arbeitskräftestruktur aufgebaut, wie

es für ein zentralisiertes dirigistisches wirtschaftliches und politisches System erforderlich schien.

- Gleichzeitig hat die DDR auf technologischem Gebiet einen beträchtlichen Rückstand; auch hierdurch sind die Arbeitskräftestrukturen wesentlich beeinflusst.

Diese ineffizienten Strukturen müssen schrittweise abgebaut werden. Es wird davon ausgegangen, daß sich diese Strukturen denen der BR Deutschland annähern werden.

4. Besonderes Augenmerk bei der Analyse der zukünftigen Arbeitsmarktentwicklung auf dem Gebiet der DDR ist auf die sozialen und gesellschaftlichen Folgewirkungen des Umstrukturierungsprozesses zu legen. Das betrifft vor allem bestimmte Zielgruppen des Arbeitsmarktes wie Frauen, Ältere, Vorruheständler und Rentner, gesundheitlich Gefährdete und Leistungsschwache und nicht zuletzt Jugendliche.

Die Arbeitsgruppe „Frauenforschung“ formulierte folgende Fragen bzw. Postulate:

- Die Analyse der Situation von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt muß getrennt behandelt werden.
- Es gibt in der DDR typische Frauenberufe, die in der Bundesrepublik typische Männerberufe sind, und umgekehrt. Welche Konsequenzen hat das für die Zukunft?
- Welches sind die methodischen Möglichkeiten, den Umbruch (Strukturbruch) mit seinen Zukunftswirkungen analytisch zu erfassen?
- Welche Wirkungen werden die speziellen Regelungen zur sozialen Sicherheit in der DDR gerade auf die Beschäftigungsperspektiven der Frauen haben?
- Wie werden sich kleine und mittelständische Betriebe in diesem Zusammenhang verhalten?
- Wie wirkt sich die im Norden und Süden der DDR unterschiedliche Arbeitslosigkeit auf die Situation der Frauen und Männer aus?

Als ein wichtiges Ergebnis der Arbeitsgruppendifkussion konstituierte sich ein Arbeitskreis, der durch Informationsaustausch Doppelarbeit vermeiden helfen soll und dazu beitragen soll, in Zukunft gemeinsame Untersuchungen und Projekte durchführen bzw. durchgeführte Untersuchungen in dem anderen Teil Deutschlands zu Vergleichszwecken nachvollziehen zu können. Das IAB wurde gebeten, die Koordinierungsarbeit dieses Arbeitskreises zu unterstützen.

In der Diskussion der Arbeitsgruppe „Regionale und sektorale Strukturforchung“ wurden verallgemeinernd folgende Probleme sichtbar und benannt:

- Um Enge und Begrenztheit der eigenen Fachdisziplin zu brechen, bedarf es einer Komplexität der Forschung von der Forschungskonzipierung bis zur Umsetzung (Nutzung) der Erkenntnisse. Bisherige Erfahrungen und Ergebnisse auch von DDR-Seite müssen eingebracht werden. Damit werden zugleich Verständnis für zurückliegende Erscheinungen und Entwicklungen geweckt und Rückstand, Defizite offenbart, die es gemeinsam aufzuholen gilt.

- Die Einbeziehung des „Insiderwissens“ (der DDR-Forscher) ist nicht ersetzbar, sondern muß in gemeinsame Projekte eingebracht werden. DDR-Forscher müssen auch zu Begriffen und Forschungsansätzen des Arbeitsmarktes eigene Leistungen darbieten.

- Einigkeit bestand darin, die oft geforderte, aber zu gering angewandte Begleitforschung bei sich anbahnenden Projekten zu fördern.

<sup>7)</sup> Vgl. die Auswertungsergebnisse unter Einbeziehung des IAB, u. a. IAB-Kurzbericht (VII/3-HvH, v. 7. 11. 90): Die Bildungs- und Ausbildungsstruktur der Erwerbstätigen in der DDR unmittelbar vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion; und: Gert Wagner, Bernhard von Rosenblatt, Dieter Blaschke (Hrsg.), An der Schwelle zur Sozialen Marktwirtschaft. Ergebnisse aus der Basiserhebung des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) in der DDR im Juni 1990, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Band 143 (erscheint demnächst).

- Die Fülle zu lösender Probleme in der DDR gebietet die Konzentration auf Regionen, die der unmittelbaren Hilfe sozialwissenschaftlicher Forschung und deren Erkenntnisse bedürfen.

Aus dieser Arbeitsgruppe wurde über die Absicht berichtet, einen Koordinierungsarbeitskreis „Regionalforschung DDR“ zu gründen<sup>8)</sup>.

In der Arbeitsgruppe „Qualifikation, Technik und Betrieb“ wurde ein breites Spektrum von Themen erörtert, die der Transparenz über laufende und geplante Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Qualifizierung, Technik und des betrieblichen Personalmanagements dienen und u. a. folgende Aspekte behandelt:

- Notwendigkeit von Analysen der Veränderung gesamtwirtschaftlicher Qualifikationsstrukturen in Verbindung mit Merkmalen wie Tätigkeiten, Sektoren und Berufen;
- Wissenschaftliche Begleit- bzw. Wirkungsforschung zu Maßnahmen im Bereich der Fort- und Weiterbildung. Das im Aufbau befindliche „Informationssystem berufliche Bildung“ am Institut für Fachschulwesen sollte hierzu unterstützt werden;
- Stellenwert der Berufsberatung in der DDR: Berufe sollten auch in Zukunft eine pädagogische und nicht nur arbeitsmarktpolitische Kategorie sein;
- Professionalität des Ausbildungspersonals;
- Bedeutung der Sozialverträglichkeit der Einführung neuer Technologien;
- Notwendigkeit des Informations- und Datenaustausches (etwa: volkswirtschaftliche Strukturdaten zu Qualifikation, zu Berufs- und Sektorstrukturen; oder: Informationssystem der beruflichen Bildung). Auf den für 1991 geplanten „Berufsbildungsbericht DDR“ wurde hingewiesen. Die Bedeutung der gemeinsamen Erwerbstätigen-Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung, des IAB und des Zentralinstituts für Berufsbildung wurde herausgestellt.

Im Mittelpunkt der Diskussion der Arbeitsgruppe „Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik“ standen zwei Hauptkomplexe:

- Es zeigte sich erstens volle Übereinstimmung in der Frage, daß eine entwickelte Wirtschafts- bzw. Beschäftigungspolitik als wesentliche Voraussetzung für eine effiziente Gestaltung von AFG-Maßnahmen angesehen wird. Das gilt allgemein und im besonderen Maße unter den Bedingungen der DDR: Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik, wie z. B. auf Zukunftserfordernisse ausgerichtete Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, sind von den erkennbaren Grundrichtungen eines Wirtschaftskonzepts abhängig. Es wurde die Auffassung vertreten, daß über die umfangreichen Finanzierungsmaßnahmen hinaus wirtschaftskonzeptioneller Handlungsbedarf erforderlich ist, da die künftige Entwicklung in der DDR nicht allein und im Selbstlauf der Marktkräfte bewältigt werden kann.

In diesem Sinne sollten die erheblichen finanziellen Mittel, die in die DDR fließen werden, einer beschäftigungspolitischen Bewertung unterzogen werden bzw. es sollten

<sup>8)</sup> Dieser weiterführende Arbeitskreis hat sich inzwischen konstituiert. Beteiligte sind Wissenschaftler und „Akteure“ aus den neuen Bundesländern (v. a. aus Leipzig und Dresden) und aus Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen Westdeutschlands. In Kürze findet ein erstes Treffen dieses Arbeitskreises in Nürnberg statt.

<sup>9)</sup> Siehe auch Anmerkung 6).

beschäftigungspolitische Varianten vorgeschlagen werden. Inhaltliche Grundelemente eines solchen – marktwirtschaftlich orientierten – Einsatzes der Mittel könnten sein:

- der Ausbau der Infrastruktur, des Verkehrs- bzw. Straßenwesens, der Telekommunikation und die ökologische Sanierung,
  - die Stärkung des mittelständischen Bereiches und des Handwerks,
  - die Förderung aller Service-Bereiche.
- Die Diskussion konzentrierte sich zweitens auf die Bedeutung und Ausgestaltung von Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG). Zwei Positionen wurden deutlich:
- das AFG-Instrumentarium sollte nicht „aufgeweicht“ werden, d. h. es sollte entsprechend bisheriger Prinzipien und in seiner bisherigen Ausgestaltung erhalten bleiben, um die bewährte Konzeption zu erhalten,
  - offene Arbeitslosigkeit sei weitestgehend einzuschränken, wobei das AFG-Instrumentarium durchaus in einem erweiterten Maße, im Sinne eines „zweiten Standbeins“ bzw. von Notmaßnahmen, zum Einsatz gebracht werden könnte (Umschulungsmaßnahmen, erweiterte Kurzarbeitsregelung mit Erhalt betrieblicher Bindungen). Das Für und Wider dieser Position aufgrund aktueller Erfahrungen konnte allerdings nicht ausreichend diskutiert werden.

Als wichtige Forschungsthemen wurden angesehen: die Verarbeitung der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit; Analyse der Konsequenzen der Änderung von Wertorientierungen; Orientierung, Begleitforschung, Fallstudien zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf lokaler Ebene; Betroffenheit von Arbeitslosigkeit bei besonderen Personengruppen.

Im Rahmen der Diskussion der Arbeitsgruppenberichte wurde von IAB-Seite an forschungsfördernde Institutionen appelliert, funktionierende Arbeitsgruppen in der bisherigen DDR zu erhalten, um der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung dort eine Perspektive zu bieten<sup>9)</sup>. Die Nutzung der Dokumentations- und Publikationsdienstleistungen des IAB wurde angeboten. Es wurde auch die Unterstützung des IAB beim Aufbau und der Koordination des aus der Arbeitsgruppe „Frauenforschung“ hervorgegangenen Arbeitskreises und bei der Verstärkung der Regionalforschung zugesagt. Auch hinsichtlich der Notwendigkeit von Begleitforschung ist das IAB bereit, für die Kommunikation eine Katalysatorfunktion zu übernehmen.

### **3.4 Die Entstehung eines gesamtdeutschen Arbeitsmarktes: Was kann die sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung politikberaternd beitragen?**

Günther Schmid (Wissenschaftszentrum Berlin) stellte in seinem Schlußvortrag eingangs die Frage, woher die Arbeitsmarktforschung Hinweise für eine Politikberatung im aktuellen Transformationsprozeß der DDR erhalten könnte: Eine Theorie von Transformationsprozessen unterschiedlicher Arbeitsmarktsysteme liege nicht vor; wegen der Spaltung der ökonomischen Arbeitsmarktforschung in verschiedene Schulen dürften aus der Theorie abgeleitete Handlungskriterien, Leitlinien und Strategievorschläge sehr unterschiedlich ausfallen.

Schmid konzentrierte sich dann auf die Erfahrungen, die aus der institutionellen Arbeitsmarktforschung in diesem Zusammenhang in die Politikberatung eingebracht werden

könnten. Solche Erfahrungen liegen aus der Analyse der bzw. der Begleitforschung zu den Umstrukturierungsprozessen vor, die in den letzten 15 bis 20 Jahren bewältigt werden mußten, etwa in der Uhrenindustrie, in der Stahl-, Werft- oder der Elektroindustrie. Diese Erfahrungen und Kenntnisse könnten in einen Austauschprozeß mit den Akteuren, die die Umstrukturierung gestalten müßten, eingebracht werden (im Sinne einer kombinierten *Begleit- und Aktionsforschung*). Stichworte hierfür könnten sein: Fortbildung und Umschulung, lokale Beschäftigungsinitiativen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Existenzgründungen.

Zweitens könnte die sozialwissenschaftliche, institutionelle Arbeitsmarktforschung einen Beitrag zur Politikberatung leisten, indem sie mit DDR-Wissenschaftlern/-innen die Strategiediskussion einer geeigneten Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik aufnimmt. Ein wesentlicher Bereich dieser Diskussion müßte sich auf die Funktionsweise von Arbeitsmärkten beziehen (z. B. Steuerungsfunktion der Löhne, Qualifikation, Kapital- versus Arbeitskräftemobilität) und auf die Rolle aktiver Arbeitsmarktpolitik.

Zu letzterem schloß Schmid einige grundsätzliche Überlegungen hinsichtlich der Chancen und notwendigen Aufgabenstellungen aktiver Arbeitsmarktpolitik in der Umbruchsituation in der DDR an. Die Schlußfolgerung war, daß die institutionellen Rahmenbedingungen für aktive Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik nicht besonders günstig seien. Langfristiges Ziel müsse sein, sie z. B. durch eine weitgehende oder regelgebundene Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln zu verbessern und sie auch den Erfordernissen der DDR-Regionen anzupassen.

Als Möglichkeiten zur Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit und lang andauernder Arbeitslosigkeit in der DDR schlug Schmid abschließend Maßnahmen z. B. zu folgenden Bereichen vor: Beitragsgestaltung der Arbeitslosenversicherung und generelle Regelungen zur Finanzierung von Lohnersatzleistungen in einer Übergangszeit; Sondermittel zum Ausbau der Arbeitsverwaltung in der DDR; Sondermittel zur Modernisierung der Infrastruktur für berufliche Weiterbildung in der DDR; Modifizierung des Kurzarbeitergeldes bei Umstrukturierung der Produktion; Sondermittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen v. a. in den Bereichen Wohnungsmodernisierung, Verkehrsinfrastruktur, Umweltschutz und soziale Dienstleistungen. Verzicht auf das Kriterium der „Zusätzlichkeit“ von ABM; Sondermittel zur Förderung von Existenzgründungen durch Arbeitslose durch Kapitalisierung ihrer Arbeitslosengeldansprüche; Einrichtung eines Sonderfonds „Aktive Arbeitsmarktpolitik DDR“ zur Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Die abschließende Diskussion ging noch einmal auf einige grundsätzliche Aspekte des Vortrags von G. Schmid ein. So wurde die Schlußfolgerung aus den vorgeschlagenen Maßnahmen derart gezogen, daß über die Gestaltung der arbeitsmarktpolitischen Transferleistungen Wanderungen aus der DDR und damit absehbare soziale Erosion möglichst gering gehalten würde. Kapitalmobilität habe dabei eine zentrale Funktion. Allerdings sei es dringend notwendig, wegen des hohen aktuellen Zinsniveaus die Investitionsförderung durch zinsvergünstigte Darlehen positiv zu beeinflussen.

Es wurde andererseits aber gefragt, ob nicht ebenso die Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern sei, da hierüber eben auch Know-how, also Qualifikation im breitesten

Sinne, transportiert werde. Allerdings seien flankierende Maßnahmen erforderlich, um die Zumutbarkeit der Formen der Mobilität zu garantieren.

Zur Forderung der Aktivierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente des DDR-AFG wurde bemerkt, daß die bisherigen Erfahrungen mit dem bundesdeutschen AFG nicht berücksichtigt seien. Es müßten daher die institutionellen Rahmenbedingungen diskutiert werden im Sinne einer Strategiediskussion im Bereich der Beschäftigungspolitik, unter Einschluß ihrer Finanzierungsmöglichkeiten und der notwendigen aktiven, aber nur flankierenden Arbeitsmarktpolitik.

#### 4. Nachwort

Die Vorbereitung und Durchführung des Forschungstreffens zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung BR Deutschland/DDR ist auch durch den sich teilweise selbst überholenden Prozeß der Vereinigung der beiden Deutschlands beeinflusst worden. Die erste Idee zur Durchführung der Tagung war zu einer Zeit entstanden, als sich die Verhandlungen zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gerade im Anfangsstadium befanden. Die zeitlichen Vorstellungen über den Zeitpunkt der Wirtschaftsunion lagen noch nicht fest, geschweige denn solche der politischen Union. Als die Tagung dann durchgeführt wurde, stand die Realisierung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion unmittelbar bevor (mit einigen konkreten Auswirkungen auch auf die Möglichkeiten der Finanzierung der Teilnahme an der Veranstaltung). Der Zeitpunkt der politischen Union war auch da noch nicht festgelegt. Inzwischen ist die politische Vereinigung vollzogen, nicht zuletzt, um die Bewältigung der drängenden Probleme im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung zu erleichtern.

In diesem Zusammenhang wurde während des Forschungstreffens von DDR-Teilnehmern immer wieder die Frage gestellt, inwieweit es überhaupt noch sinnvoll sei, sich an Diskussionen wie zum gesetzten Thema zu beteiligen. Zu befürchten sei die Auflösung der Forschungsstrukturen und -möglichkeiten in der DDR. Wegen möglicher negativer Auswirkungen auf die Forschungslandschaft war deshalb ein entsprechender Appell in der abschließenden Presseerklärung veröffentlicht worden, mit dem Ziel, der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in der DDR eine Perspektive zu erhalten. In der Zwischenzeit sind Forschungseinrichtungen dort geschlossen worden, inhaltliche Profilierungen angepaßt oder grundsätzlich geändert worden, neue Forschungseinrichtungen entstanden. Wie intensiv der Umstrukturierungsprozeß sein wird, wird man erst nach der Übergangsphase der Finanzierung Ende 1991 in Ansätzen beurteilen können.

Das IAB hat – nicht zuletzt aufbauend auf die Ergebnisse des Forschungstreffens – sein mittelfristiges Schwerpunktprogramm um die neuen Herausforderungen aufgrund des Vereinigungsprozesses DDR/BR Deutschland erweitert (vergleiche in diesem Heft). Wesentlich neue Aufgaben sind hinzugekommen.

Auch im Bereich der Erarbeitung statistischer Grundlagen zur aktuellen Analyse und politischen Beratung und des Aufbaus einer gemeinsamen statistischen Datenbasis sind mittlerweile Fortschritte gemacht worden (vergleiche die Beiträge hierzu in diesem Heft und die Ergebnisse des sozioökonomischen Panels, die in Kürze veröffentlicht werden).

Es ist zu hoffen, daß trotz der Strukturveränderungen in der Forschungslandschaft auch in Zukunft Wissenschaftler/-innen aus der früheren DDR mit dem nur dort vorhandenen Insiderwissen zur Verfügung stehen, um die großen neuen Herausforderungen an die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im jetzt vereinten Deutschland bewältigen zu können. Das IAB wird bemüht sein, die ihm gestellten Aufgaben nach Möglichkeit in Kooperation mit Wissenschaftlern/-innen bzw. Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR zu lösen. Ein Beitrag hierzu ist die Unterstützung des IAB für die aus dem Forschungstreffen hervorgegangenen Arbeitskreise „Frauenforschung“ und

„Regionalforschung“ die ihre konkrete Arbeit inzwischen aufgenommen haben.

Nach Einschätzung der Veranstalter des Forschungstreffens gingen von diesem Treffen im Sinne seiner Hauptzielsetzungen wichtige Impulse aus. Die Informationsbasis über laufende oder geplante Arbeiten im Bereich der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung auf dem Gebiet der vormaligen DDR wurde geschaffen, Kooperationen haben sich konkretisiert, und der Aufbau empirischer Grundlagen für die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in den neuen Bundesländern konnte ein Stück weiter vorangetrieben werden.